

Chance (vorerst) vertan!?

VBE kritisiert den Auftakt der Tarifverhandlungen

Der Weg ist lang, bis sich der dbb beamtenbund und tarifunion und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) auf gemeinsame Forderungen einigen. Letztendlich sind diese Forderungen dann allerdings Ausdruck eines breiten gesellschaftlichen Konsenses, wenn man sich das gewerkschaftliche Spektrum genauer anguckt. Zu einer Einigung zwischen den beiden Dachorganisationen kam es am 11. Oktober 2023. Mit Blick auf die Belastungen, unter denen auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu leiden haben, mahnte Rita Mölders, stellvertretende Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Arbeitsbereich Tarifpolitik, auf überkommene Verhandlungsrituale zu verzichten und bereits die erste Verhandlungsrunde für konkrete Debatten zu nutzen. Ihre Rufe verhallten ungehört und die erste Verhandlungsrunde mit der Tarifgemeinschaft der Länder verlief am 29. Oktober 2023 erwartbar ergebnislos. Mölders zeigt sich enttäuscht und nimmt die Politik in die Pflicht:

„Wer ernsthaft daran interessiert ist, mehr Menschen in die Schulen zu bekommen, muss die Chance ergreifen und Aufwertungen des Berufsstandes auf den Weg bringen. Eine erste Chance dies zu tun, ist leider nicht ergriffen worden. Anstatt, wie vom VBE gefordert, die lästigen Rituale der ersten Verhandlungsrunde über Bord zu werfen, wird erneut dieselbe Scharade gespielt, die wir aus den vergangenen Jahren bereits kennen. So geht nicht nur unnötig Zeit ins Land, um die beschäftigten Lehrkräfte und alle an Schule Beteiligten zu entlasten und für ihren bedeutsamen Dienst wertzuschätzen. Es bleibt auch weiterhin so, dass der öffentliche Dienst nicht mit den Konditionen des freien Marktes mithalten kann. Ein fatales Signal an die jungen Menschen, die vor der Berufswahl stehen.“

Gerhard Brand, Bundesvorsitzender des VBE, ergänzt: „Die Forderung von 10,5 Prozent oder mindestens 500 Euro ist mehr als angemessen, wenn wir die gesteigerte Belastungssituation infolge der Inflation betrachten. Sie ist aber nur ein Teil des Forderungskatalogs. Besonders für junge Menschen muss ein attraktiver Berufseinstieg ermöglicht werden. Darüber hinaus droht der Länderbereich in der Frage der Einkommensentwicklung abgehängt zu werden, wenn eine angemessene Steigerung ausbleibt. Wenn dies verhindert werden soll, muss in der zweiten Verhandlungsrunde deutlich mehr von Arbeitgeberseite kommen.“

dbb:
wir.
für euch.

10,5%
500 Euro
mindestens

Die gemeinsamen Forderungen von dbb beamtenbund und tarifunion, der Dachorganisation des VBE, dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und dessen Gremien:

- Die Tabellenentgelte der Beschäftigten sollen um 10,5 Prozent, mindestens aber um 500 Euro monatlich erhöht werden.
- Die Entgelte der Auszubildenden, Studierenden und Praktikantinnen und Praktikanten sollen um 200 Euro monatlich erhöht werden.
- Die Laufzeit soll 12 Monate betragen.
- Unbefristete Übernahme in Vollzeit der Auszubildenden und Dual Studierenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung.

Breites Bündnis für den Digitalpakt!

Die Ampelkoalition auf Bundesebene lässt den Digitalpakt auslaufen. Und das weder mit der festen Zusage für einen Digitalpakt 2.0 noch mit einer Aussage zur Anschlussfinanzierung. Denn noch immer gibt es viele Schulen, die keine digitale Infrastruktur haben. Tomi Neckov, stellvertretender Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung, macht dies in einer Pressekonferenz mit dem Digitalwirtschaftsverband BITKOM, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Bundeselternrat deutlich. Er bezog sich dabei auf die Zahlen der repräsentativen Befragungen, welche der VBE regelmäßig bei forsa in Auftrag gibt. So hat ein Drittel der Schulen noch keinen Zugang zu Breitbandinternet und WLAN und 15 Prozent der Schulen haben nicht einmal einzelne Klassensätze an Laptops. Neckov dazu: „Der Ausstattungsschub durch den Digitalpakt war zwar gut, aber noch immer profitieren nicht alle Schulen. Zudem haben wir mitten im Lehrkräftemangel keine Kapazitäten für weitere Aufgaben. Die digitale Infrastruktur muss durch entsprechende Fachpersonen betreut werden! Wir brauchen Planungssicherheit für die Schulen mit einer soliden Anschlussfinanzierung. Und sobald wie möglich einen Digitalpunkt 2.0, der nachhaltig die digitale Infrastruktur in den Schulen sichert!“



Haltung macht den Unterschied, keine Verbote!

Noch immer steht die Welt unter Schock, nachdem Israel von der Hamas angegriffen wurde. Doch die Deutung über die kriegerischen Vorgänge fällt unterschiedlich aus. Das merken die Lehrkräfte auch an den Schulen, wenn Schülerinnen und Schüler sich beschimpfen oder Gewaltverbrechen verherrlichen. Dabei ist für den VBE Bundesvorsitzenden Gerhard Brand eines klar: „Wenn Lehrkräfte nicht bereits jeden Tag für unsere Demokratie einstünden, sähe es düster aus für unsere Demokratie. Die Spannungen, die infolge der unmenschlichen Verbrechen, die die Hamas an tausenden Jüdinnen und Juden verübt hat, nun auch in unseren Schulen auftreten, gehen aber über diesen konkreten Auslöser hinaus und sind auch Folge langfristiger Versäumnisse der Politik bei der konsequenten Bekämpfung antisemitischer Tendenzen in unserer Gesellschaft.“ Vor allem bemängelt er, dass es trotz jahrelanger und vehementer Forderungen seitens verschiedener Interessenvertretungen und Gewerkschaften bis heute keinen bundesweiten Definitionsrahmen in der Frage gebe, was ein antisemitischer Vorfall sei. „Außerdem fehlen eine einheitliche Meldepflicht für Vorfälle in den Schulen und unabhängige Beratungsstellen für Betroffene antisemitischer Gewalt gibt es, wenn überhaupt, nur vereinzelt. Die Folge: Eine hohe Dunkelziffer, die seit Jahren wächst und eine Herausforderung, die schlichtweg nicht mehr von heute auf morgen gelöst werden kann. Wenn die Politik jetzt glaubt, sich aus ihrem Versagen mit Verboten an Schulen freikaufen zu können, wie dies jüngst in Berlin geschehen ist, kann ich nur davor warnen. Derartige Verbote machen Lehrkräfte zur Zielscheibe für Gewalt. Vielmehr muss endlich Bewegung in das Vorhaben kommen, antisemitische Tendenzen konsequent zu bekämpfen. An den Schulen braucht es dafür deutlich mehr Zeit und personelle Ressourcen, aber auch Fortbildungen für Lehrkräfte, um gelingende Präventionsarbeit gewährleisten zu können.“

Im Gespräch mit der Bundesschülerkonferenz

Das war ein spannendes Panel! Die Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz (BSK), Wiebke Maibaum, hatte geladen – und alle waren gekommen: die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Berliner Senatorin Katharina Günther-Wünsch, die Vorsitzende des Bundeselternrates, Christiane Gotte, und die Bundessprecherin des Jungen VBE, Susann Meyer. Sie diskutierten Ende Oktober bei dem Bildungskongress 2023 die Frage, ob der Föderalismus noch zeitgemäß ist. Susann Meyer setzte ein klares Zeichen für den Föderalismus, vor allem, indem sie auf die Nachteile eines zentralistischen Systems hinwies. Dieses sei behäbig und könnte weniger Innovationskraft entwickeln. Gleichwohl sieht sie Chancen bei gemeinsamen Investitionen von Bund, Ländern und Kommunen in die Bildungsinfrastruktur.

Die Forderungen der BSK finden Sie hier: <https://kurzelinks.de/bsk-2023>



V.l.n.r.: Katharina Günther-Wünsch, Wiebke Maibaum, Christiane Gotte und Susann Meyer

VBE Seniorinnen und Senioren unterwegs

Eines der Kernthemen der Jahrestagung der VBE Bundesseniorenvertretung, welche vom 4. bis 6. Oktober 2023 in Berlin stattfand, war der Lehrkräftemangel und damit die drängendste Herausforderung, vor der die Bildungsländerschaft derzeit steht. Auftakt zur Auseinandersetzung bot eine Diskussion mit dem Bundesvorsitzenden des VBE, Gerhard Brand. Es bestand Einigkeit darin, dass die verzweifelten Lösungsversuche der Politik, beispielsweise die Einstellung von Seiteneinsteigenden mit oder ganz ohne akademische Ausbildung oder den stundenweisen Einsatz von Lehramtsstudierenden oder reaktivierten Pensionärinnen und Pensionären, nicht nur Flickschusterei seien, sondern eine massive Bedrohung für die Bildungsqualität.

Weitere Themen, wie z. B. die Wahlvorbereitung für den Bundeskongress, die Änderung der Geschäftsordnung oder aktuelle Erkenntnisse zum Themenbereich „Bildung im Alter“, vorgestellt von Hjalmar Brand, luden zu regem Austausch ein. Den Abschluss bildeten ein Vortrag vom dbb-Experten Mathias Warnking zum Thema „Grundsätzliche Aspekte und aktuelle Entwicklungen der Beamtenversorgung“ sowie ein Bericht des stellvertretenden Vorsitzenden Gerd Kurze zum Thema „Sicher Autofahren im Alter“, in dem er Ergebnisse aus einer BAGSO-Veranstaltung erläuterte.



Neu gewählter Vorstand der dbb bundesseniorenvertretung (u.l.n.r.): Norbert Lütke, Anke Schwitzer, Horst Günther Klitzing, Thomas Krupp und Max Schindlbeck

Und auch die dbb bundesseniorenvertretung kam zusammen. Bei dem 3. Bundesseniorenkongress wurde u. a. der Vorstand neu gewählt. Neben der Bestätigung von Dr. Horst Günther Klitzing im Amt wurde der Sprecher der VBE-Senioren, Max Schindlbeck, erneut in den Vorstand gewählt. Zu diesem Erfolg beglückwünschen wir ihn und wünschen ihm ein glückliches Händchen bei der Ausübung seiner Tätigkeit.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE